Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Deutschlands Gier nach Krieg: Konfrontation statt Diplomatie, Geopolitik statt Völkerrecht, Aufrüstung statt Werte
2. EU-Parlament auf geopolitischem Irrweg: Empörende Debatte über Irans Zukunft
3. Wie ein Spektakel inszeniert: Trumps “Spaß” wird richtig teuer
4. Die Israel-Hisbollah-Waffenruhe war zum Scheitern verurteilt
5. „Dieser Weg führt nur zu weiterem Zerfall“
6. Die Unterwerfung Lateinamerikas (II)
7. Die Menschheit zwischen Blockaden und Öffnungen
8. Teurere Lebensmittel nur Frage der Zeit
9. Eltern als Armutsrisiko
10. Wo ist der Ausweg der SPD? CDU gewinnt die Wahl in Rheinland-Pfalz
11. Wo steht die AfD? Fünf Erkenntnisse der Landtagswahlen
12. «Künstliche Intelligenz» pflügt gerade die Welt um. Radikal und schnell.
13. Geschlossene Gesellschaft
14. Mit freundlicher Hilfe des Verfassungsschutzes
15. Zu guter Letzt: Scheiß Kommunisten!

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Deutschlands Gier nach Krieg: Konfrontation statt Diplomatie, Geopolitik statt Völkerrecht, Aufrüstung statt Werte**
   Unsere Gesellschaft nimmt all das überwiegend teilnahmslos hin, denn von einer

großen Friedensbewegung mit relevanter Wirkung kann man nicht sprechen. Doch wer nun meint, mit Russophobie das sich zunehmend wieder ausbreitende aggressive deutsche Wesen ausreichend beschrieben zu haben, muss zunehmend feststellen, dass er nicht in dessen tieferliegende Schichten eingedrungen ist. Schon ein Blick auf die deutsche Haltung zum Krieg im Gaza verdeutlicht das, doch das deutsche Wesen hat inzwischen noch mehr zu bieten. Als Israel den Iran im vergangenen Jahr angriff, meinte Bundeskanzler Friedrich Merz am 17. Juni im ZDF:

> „Das ist die Drecksarbeit, die Israel macht für uns alle. … Ich kann nur sagen, größten Respekt davor, dass die israelische Armee, die israelische Staatsführung den Mut dazu gehabt hat, das zu machen."

Über die Frage, ob schon der Angriff im vergangenen Jahr völkerrechtswidrig war, sind sich die Gelehrten uneinig und auf Seiten der Befürworter des Krieges wird mit einer vermeintlichen existenziellen Bedrohung Israels durch eine nun diesmal wirklich bestehende Bedrohung durch eine iranische Atombombe argumentiert. Dass die Geheimdienstkoordinatorin in den USA, Tulsi Gabbard, noch im März erklärt hatte, der Iran würde keine Atombombe bauen und der Oberste Führer Chamenei hätte das von ihm 2003 ausgesetzte Atomwaffenprogramm nicht wieder genehmigt, blieb ohne Belang.
Die vielfach kritisierte Aussage von Friedrich Merz war kein Ausrutscher, sondern Kalkül.
Quelle: Globalbridge

dazu auch: **Welche Rolle spielt die Ramstein Air Base im Iran-Krieg?**
Die Ramstein Air Base gilt als der wichtigste Militärstützpunkt der USA in Europa. Kann Deutschland die Nutzung und damit mögliche Drohnenangriffe der USA im Iran über Ramstein verbieten? […]
Anwohnerinnen und Anwohner berichten von mehr Flugverkehr seit dem Krieg im Iran. Wie genau allerdings die Ramstein Air Base im Iran-Krieg involviert ist und was dort im direkten Zusammenhang passiert, das kann man im Moment nur mutmaßen. Politikwissenschaftler David Sirakov schätzt, dass es am wahrscheinlichsten ist, dass hier wieder die Drohnen-Relaisstationen ins Spiel kommen und die Air Base in Sachen Logistik eine Rolle spielt. […]
Sirakov erklärt, dass Deutschland die Nutzung von der Ramstein Air Base rechtlich untersagen könnte, doch politisch wäre das schwierig.
Quelle: SWR

2. **EU-Parlament auf geopolitischem Irrweg: Empörende Debatte über Irans Zukunft**
   Während Krieg und Zerstörung im Nahen Osten eskalieren, beschäftigt sich das Europäische Parlament mit möglichen Nachfolgern für die iranische Führung – ein Vorgehen, das an koloniale Zeiten erinnert. Gleichzeitig offenbart die EU mit ihrem Schweigen zu militärischen Angriffen und zivilen Opfern eine eklatante Doppelmoral. (…)
   Als Reaktion auf den massiven Gewaltangriff der israelisch-amerikanischen Koalition auf Iran haben sich die Europaabgeordneten des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten auf die Suche nach Persönlichkeiten gemacht, die das bombardierte Land regieren könnten, sobald dessen Behörden beseitigt wären – was ein mehr oder weniger offen eingestandenes (aber wahrscheinlich unerreichbares) Ziel der ausländischen Invasion ist.
   Die EU-Abgeordneten wollten eine Liste von acht Personen erstellen, die "die Vielfalt der iranischen Opposition" repräsentieren sollten. Wie es sich gehört, steht Reza Pahlavi, der Sohn des im Zuge der Revolution von 1979 gestürzten Schahs, ganz oben auf der Liste. Der in die USA exilierte Thronfolger hat seit fast einem halben Jahrhundert keinen Fuß mehr in den Iran gesetzt. Sein Name wurde jedoch bei den Demonstrationen der iranischen Diaspora in Europa im Januar und Februar dieses Jahres und in geringerem Maße auch im Land selbst skandiert.
   Vor allem aber mangelt es ihm nicht an Unterstützung innerhalb der Straßburger Versammlung.
   Quelle: RT DE
3. **Wie ein Spektakel inszeniert: Trumps "Spaß" wird richtig teuer**
   Ein Krieg wie ein Videospiel – inszeniert als Spektakel, aber bezahlt mit dem Leben und den Steuermilliarden von Amerikanern. Die Rechnung für Trumps Iran-Angriff kommt, und sie fällt höher aus, als der US-Präsident es wahrhaben will. […]
   Gerade am Beginn der Militäroperation sind die Kosten demnach explodiert. Der moderne Krieg verbrennt viel Geld durch seine High-End-Waffen. Allein in den ersten 48 Stunden beliefen sich die Ausgaben laut US-Medienberichten, die sich auf interne Zahlen aus dem US-Verteidigungsministerium beriefen, auf 5,6 Milliarden Dollar – allein für den Ersatz verbrauchter Munition.
   Eine Milliarde pro Tag
   Der Washingtoner Thinktank "Center for Strategic and International Studies" (CSIS) schätzt, dass in den ersten 100 Stunden Mehrkosten von 3,7 Milliarden Dollar anfielen, die größtenteils nicht eingeplant waren. Innerhalb von sechs Tagen lag die Summe bereits bei mindestens 11,3 Milliarden Dollar.
   Inzwischen sollen sich die täglichen Kosten auf einem hohen Niveau eingependelt

haben. Das CSIS geht von rund 891 Millionen Dollar pro Tag aus, vor allem getrieben durch Luft- und Marineoperationen sowie die kontinuierliche Auffüllung teurer Präzisionswaffen. Selbst vorsichtige Szenarien gehen inzwischen davon aus, dass ein zweimonatiger Krieg zusätzliche 65 Milliarden Dollar kosten würde. Andere Schätzungen reichen, je nach Eskalation, bis zu 95 Milliarden Dollar.
Quelle: t-online

dazu auch: **Krise der Emanzipation**
Wir leben in einer Zeit, in der unzurechnungsfähige Bullshiter ungestört unser Leben bestimmen dürfen.
Am 18.3.2026 schrieb Haaretz-Kolumnist Rogel Alper: "In Kürze eine Pressekonferenz von Donald Trump. Das ist immer so, zu jeder Sendezeit. Sie wird mit Ernsthaftigkeit und ausführlich diskutiert werden. Man wird fieberhaft versuchen, seine Worte zu interpretieren, als wäre er Maimonides. In ihnen Ordnung, Logik, eine konsistente Rationalität und ein kohärentes Ziel zu finden – ein heroischer, aber vergeblicher Versuch. Das iranische Regime ist aufgrund religiösen Fundamentalismus nicht rational. Trump ist nicht rational, weil er nicht zurechnungsfähig ist. Jeden Tag, auf jeder Pressekonferenz – und zuletzt gibt es mehr als eine pro Tag – stellt er seine persönliche und kognitive Beschränktheit zur Schau."
Quelle: Overton Magazin

4. **Die Israel-Hisbollah-Waffenruhe war zum Scheitern verurteilt**
Andrea Tenenti, der langjährige Sprecher der UNIFIL, der «United Nations Interim Force in Lebanon», bringt es auf den Punkt: «Die israelischen Angriffe hörten nie auf, und der Mechanismus, der Verstöße ahnden sollte, war nicht in der Lage, die Vorschriften durchzusetzen.» Aber warum gibt es immer noch nur wenige internationale Proteste gegen das Völkermorden der Israelis?
Quelle: Globalbridge

dazu: **Der Libanon am Abgrund: Ärzte ohne Grenzen warnt wenige Stunden vor einer unmittelbar bevorstehenden israelischen Invasion vor einer extremen humanitären Krise**
Es gibt keinerlei Zweifel. Was im Libanon geschieht, ist nicht das Ergebnis innerer Schwäche oder einer spontanen Krise. Es ist die direkte Folge anhaltenden militärischen Drucks, fortgesetzter Bombardierungen und von Israel verhängten Evakuierungsbefehle für ein souveränes Territorium.
Es handelt sich um eine fortlaufende Zwangsmaßnahme.
Tausende Familien wurden durch Evakuierungsanordnungen, die große Teile des Südens des Landes, die südlichen Vororte von Beirut sowie Teile der Bekaa-Ebene

betreffen, zur Flucht gezwungen. Sie mussten fliehen, ohne einen sicheren Ort zu haben, an den sie sich begeben konnten. Es handelt sich dabei nicht um Evakuierungen nach humanitären Standards, sondern um erzwungene Vertreibungen, die unter direkter Bedrohung und vor dem Hintergrund bewaffneter Gewalt durchgeführt wurden.
Quelle: pressenza

5. **„Dieser Weg führt nur zu weiterem Zerfall“**
   Der ungarische Publizist Gábor Stier warnt vor einer Stigmatisierung seines Heimatlandes. Im Interview mit Multipolar spricht er über die Rolle Ungarns zwischen den Machtblöcken und die Chancen des Herausforderers von Präsident Viktor Orbán bei den anstehenden Wahlen im April. Über die Zukunft der EU sagt er: „Der Mangel an strategischem Denken macht einen großen Zusammenbruch immer wahrscheinlicher.“
   Quelle: multipolar
6. **Die Unterwerfung Lateinamerikas (II)**
   Die Bundesregierung ignoriert die anhaltende US-Totalblockade gegen Kuba und weitere Versuche der Trump-Administration, sich ganz Lateinamerika zu unterwerfen, und sucht „transatlantische Übereinstimmungen“. Während am Wochenende eine internationale Solidaritätsflotille in Havanna ankam und mit Spanien zudem ein EU-Mitglied Hilfslieferungen in den Karibikstaat schickt, schweigt Berlin und setzt auf „Partnerschaft“ mit den USA. Diese fordern aktuell den Sturz des kubanischen Präsidenten Miguel Díaz-Canel sowie die Unterstellung des Landes unter ihr Kommando. Hatte schon die seit über sechs Jahrzehnten andauernde US-Blockade der Insel dort schwere Schäden verursacht, so ruft die aktuelle Ölblockade dramatische Versorgungsprobleme hervor. US-Präsident Donald Trump teilt zudem mit, er könne mit Kuba „tun, was ich will“. Parallel hat er eine neue Regionalorganisation gegründet („Shield of the Americas“), die nur aus ultrarechts regierten Staaten besteht und sich gegen China richtet. In Kolumbien und in Brasilien mischen sich die USA in die gegenwärtigen Wahlkämpfe ein, und zwar jeweils zugunsten ultrarechter Kandidaten.
   Quelle: German Foreign Policy

   dazu auch: **Venezuela hat bereits die Seite gewechselt**
   Traurig aber wahr: Die ehemalige Vizepräsidentin und Nachfolgerin des von den USA entführten venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro Delcy Rodríguez behauptet zwar nach innen, die Souveränität Venezuelas werde unter ihr hochgehalten, de facto tanzt sie aber mehr und mehr nach der Geige der USA. Bereits hat sie den ehemaligen Verteidigungsminister und gerade jetzt auch das Oberkommando des venezolanischen

Militärs ausgewechselt. Die einen mag's freuen, andere sind naturgemäß und zu Recht sehr enttäuscht.
Quelle: Globalbridge

7. **Die Menschheit zwischen Blockaden und Öffnungen**
In Anlehnung an alte militärische Taktiken erlebt die Welt heute eine neue Ausbreitung von Blockaden. Das gezielte Ersticken belagerter Bevölkerungen – durch die Vorenthaltung von Lebensmitteln, Medikamenten sowie Energie- und Wirtschaftsressourcen – verfolgt ein klares Ziel: das Leid der Menschen zu verschärfen, damit sie ihre Unzufriedenheit gegen die eigenen Regierungen richten. Bereits für sich genommen stellt diese Strategie eine schwerwiegende Verletzung grundlegender Menschenrechte dar – und sollte international strafbar sein.
Die Krise, die das kubanische Volk heute durchlebt, ist nicht primär das Ergebnis interner Politik, so verbesserungswürdig oder reformbedürftig diese auch sein mag, sondern vor allem Folge einer seit über sechs Jahrzehnten andauernden Blockade. Sie wurde von aufeinanderfolgenden Regierungen der Vereinigten Staaten als instinktive Reaktion auf eine Revolution verhängt, die versuchte, souveräne Alternativen zu den historischen Demütigungen und Ausbeutungsformen zu schaffen, die neue wie auch alte Spielarten des Kolonialismus diesem Volk eingebrannt hatten.
Quelle: pressenza
8. **Teurere Lebensmittel nur Frage der Zeit**
Die steigenden Energiepreise sind längst nicht mehr das einzige Inflationsrisiko im Zuge des Krieges in Nahost. Auch Lebensmittel könnten weltweit teurer werden. Grund sind höhere Erzeugungs- und Transportkosten, zudem steigen die Preise für Dünger: Ein Drittel des globalen Handels mit Düngemitteln läuft normalerweise durch die Straße von Hormus, die seit Kriegsbeginn für die Schifffahrt faktisch blockiert ist.
Quelle: ORF
9. **Eltern als Armutsrisiko**
Kinder können zu Pflegeunterhaltszahlungen für ihre Väter und Mütter herangezogen werden — eine Regelung, die wenig bekannt ist und sozialen Sprengstoff birgt.
Es ist eine der wenig diskutierten sozialen Fragen in Deutschland und gerade deshalb eine der heikelsten: Wer zahlt eigentlich, wenn die eigenen Eltern pflegebedürftig werden und die Mittel dafür nicht ausreichen? Die spontane Antwort vieler Bürger lautet: der Staat, schließlich leben wir in einem Sozialstaat. Anders die juristische Antwort. Sie besagt: zunächst der Pflegebedürftige selbst, dann, wenn Vermögen und Einkommen nicht ausreichen, unter bestimmten Bedingungen die Kinder. Dieser Mechanismus nennt sich Elternunterhalt. Er ist gesetzlich im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert und knüpft an eine lange Tradition familiärer Unterhaltspflichten an. Doch

in einer Gesellschaft, die sich selbst als moderne Solidargemeinschaft versteht, wirft dieses Prinzip grundlegende Fragen auf.
Quelle: Manova

10. **Wo ist der Ausweg der SPD? CDU gewinnt die Wahl in Rheinland-Pfalz**
Wo soll das enden, SPD? Desaster der Sozialdemokraten war vor zwei Wochen in Baden-Württemberg, mit 5,5 vh der Stimmen hatten die Genossen gerade noch die Fünf-Prozent-Hürde gepackt, niederschmetternd ist das Wahl-Ergebnis jetzt in Rheinland-Pfalz. Nach 35 Regierungsjahren ist man wieder auf Platz 2 gelandet hinter der CDU. Mit wem und wo kann diese SPD überhaupt noch punkten, also gewinnen, so ähnlich reagierte der Politik-Wissenschaftler Prof. Korte auf die ersten Hochrechnungen der Landtagswahl zwischen Rhein, Main, Mosel und Eifel. Gibt es überhaupt einen Ausweg für die älteste deutsche Partei? Zwischen 8 und 9 Prozentpunkte hat die Sozialdemokratie verloren und das mit einem beliebten und bekannten Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer.
Quelle: Blog der Republik

Anmerkung Albrecht Müller: *Interessant, aber auch ein ausgesprochen dummes Geschreibsel.*

11. **Wo steht die AfD? Fünf Erkenntnisse der Landtagswahlen**
Mittelfristig allerdings kann die AfD einigermaßen entspannt einen Strich unter die ersten beiden Landtagswahlen ziehen. Denn sie bleibt die einzige echte Krisengewinnerin. In Baden-Württemberg machten sich AfD-Wähler stärker als die Wähler anderer Parteien Sorgen über steigende Preise und darüber, ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen zu können. 78 Prozent der AfD-Wähler stimmen der Aussage zu, aber nur etwa jeder Dritte unter den Grünen- und CDU-Wählern. Ebenso stimmten AfD-Wähler am häufigsten der Aussage zu, sich Sorgen zu machen, den eigenen Lebensstandard künftig nicht mehr halten zu können.
Vor allem aber sollte den anderen Parteien zu denken geben, dass die AfD bei jenen besonders stark abschnitt, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als schlecht einschätzen. Hätten in Baden-Württemberg nur jene gewählt, die ihre eigene wirtschaftliche Situation als schlecht bewerten, wäre die AfD mit 41 Prozent Wahlsieger geworden. In Rheinland-Pfalz sagen 30 Prozent der AfD-Wähler, dass ihre persönliche wirtschaftliche Situation schlecht ist, doppelt so hoch wie der Wert aller Befragten.
Quelle: Über Rechts
12. **«Künstliche Intelligenz» pflügt gerade die Welt um. Radikal und schnell.**
Macht die KI-Revolution die Welt zu einem viel besseren Ort? Oder zu einem ganz

schlechten? Und wenn ja, für wen? Die Technologie ist neu. Doch die Fragen bleiben die alten.
Als Joseph-Marie Jacquard 1801 in Lyon einen Webstuhl vorstellt, der Muster von Lochkarten liest statt aus dem Kopf eines Ziehjungen, lachen die Handwerker. Die Maschine webe unsauber, sei mechanischer Unsinn eines Bastlers. Innerhalb weniger Jahrzehnte verschwindet ein ganzer Berufsstand. Gut zweihundert Jahre später wiederholt sich die Szene, nur schneller. Viel schneller. Extrem viel schneller.
Als Open AI am 30. November 2022 Chat GPT auf die Welt loslässt, ist der Spott gross. Die Maschine halluziniert, erfindet Quellen, kann «nicht einmal richtig rechnen». KI-Bildprogramme produzieren Menschen mit sechs Fingern. Oder drei. Kritiker sehen eine Spielerei, ein beeindruckendes Partytrick-Programm, das an jeder ernsthaften Aufgabe scheitern werde. Zwei Jahre später schreibt dieselbe Technologie Verträge, analysiert Bilanzen und löscht Stellen in Branchen, die sich für unersetzbar hielten. Und das ist erst der Anfang.
Quelle: work

dazu auch: **Google dichtet mit KI Headlines in Suchergebnissen um**
Überschriften von Nachrichtenartikeln werden in den Suchergebnissen teilweise von Googles KI geändert – ohne Einfluss der Autoren.
Wenn eine Überschrift in den Google-Suchergebnissen auftaucht, kann es ab jetzt sein, dass sie gar nicht mehr zu der Webseite dahinter gehört. Denn Google ändert zurzeit testweise die Überschriften von Suchergebnissen mit KI, wie das Unternehmen jetzt bestätigte. Bei den bekannten Fällen handelt es sich um journalistische Online-Artikel. Das Problem war Autoren des US-Tech-Magazins The Verge in den vergangenen Monaten aufgefallen. In zwei Fällen tauchten ihre Artikel in der Google-Suche mit Überschriften auf, die nicht ihre eigenen waren. Zwar ist es nicht unüblich, dass hier eine andere Überschrift gewählt wird, als die eigentliche des Artikels – diese anderen Überschriften werden aber von den Autoren oder Medienhäusern selbst vergeben, damit ein Artikel besser über Google gefunden wird.
Quelle: Heise Online

13. **Geschlossene Gesellschaft**
Anlasslose Massenüberwachung, Chat-Kontrolle und Autos, die Menschen befehligen — in einer abgestumpften Gesellschaft können diese Entwicklungen im besten Fall nur noch verzögert werden.
Das EU-Parlament arbeitet an der Chatkontrolle. Die Bundesregierung an „Bürgerkonto und digitaler Identität“. Die EZB am digitalen Euro. Google weitet seine Monopolstellung auf freie App-Stores aus. Und in den USA müssen Neuwagen ab 2027

mit einer KI ausgestattet werden, die den Fahrer permanent überwacht und in den Betrieb eingreifen kann. „Die Freiheit stirbt“ also nicht „immer zentimeterweise“.
Quelle: Manova

14. **Mit freundlicher Hilfe des Verfassungsschutzes**
Das Vorgehen von Wolfram Weimer gegen drei Buchläden wirft ein Schlaglicht auf das „Haber-Verfahren“ der Bundesregierung. Kann das so weitergehen?
Tobias Burdukat bemerkte früh, das was nicht stimmte. Seit mehr als 20 Jahren macht der 43-Jährige Sozialarbeit im sächsischen Grimma, heute mit dem Yope Projekt, das aus dem „Dorf der Jugend“ entstanden ist, einquartiert in einer alten Spitzenfabrik. 2017 aber wurde seinem damaligen Verein die Anerkennung als freier Träger versagt, der Vorwurf: Linksextremismus. „Da hab ich das erste Mal alles abgefragt, was von mir beim Verfassungsschutz gespeichert ist“, erzählt Burdukat. Und siehe da: Er war als Linksextremist abgespeichert.
Quelle: taz
15. **Zu guter Letzt: Scheiß Kommunisten!**
Spanien hat gestern eine Reihe von 80 Maßnahmen (mit einem Gesamtbudget von 5 Milliarden Euro) zur Bekämpfung der Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten beschlossen.
Hauptmaßnahme ist eine Absenkung der Energiesteuern von 21% auf 10% für Strom, Gas & Kraftstoffe. An der Zapfsäule wird sich der Liter Benzin dadurch um 30 Cent verbilligen, was einer Ersparnis von rund 20 Euro pro Tankfüllung eines Mittelklassefamilienwagens entspricht.
Aus deutscher Sicht ist daran praktisch ALLES erstaunlich:
    - Eine am Freitag getroffene Ministerratsentscheidung kann am FOLGETAG in Kraft treten? Ist so was nicht verboten?
    - Waaaas? Man kann Steuern auch SENKEN?
    - Wieeee? Man kann öffentliches Geld auch FÜR BÜRGER ausgeben?
    - Häääää? Eine Regierung kann den Menschen das Leben einfach auch LEICHTER machen, anstatt es ihnen ständig zu erschweren?
    - Und warum füllt diese Meldung in Frankreich ganze Fernsehberichte & Zeitungsseiten, während in Deutschland nur eine (ärgerlich unvollständige) Kleinstmeldung der dpa kursiert?

Übrigens: Wenn das die „populistische“ Maßnahme des „Kommunisten“ Sanchez ist:

was glauben Sie, wer ist unterm Strich besser dran: ein Spanier mit seinem „Kommunisten“ – oder Sie mit „Merz“?
Und: Wie erklären Sie es sich, dass es in der EU eine Regierung gibt, die unter allen denkbaren Umständen einfach intelligenter und würdevoller handelt als Ihre eigene?
Quelle: Martin Sonneborn via Twitter/X